

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

DIE LINKE unterstützt den Antrag zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan in Gelsenkirchen über die Aufnahmequote hinaus. Es sollte für Deutschland eine Selbstverständlichkeit sein, diesen Menschen in Deutschland eine Aufnahmeperspektive zu bieten, da unser desaströses Wirken in diesem Land, erst zu dieser humanitären Situation geführt hat.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Entscheidung, sich an diesem völkerrechtswidrigen Krieg zu beteiligen, Menschen in Gefahr gebracht, die sich für die Unterstützung der ausländischen Truppen entschieden haben. Dieses Verhalten legt Deutschland eine besondere Verantwortung für diese Personengruppen auf.

Ein Abschiebestopp nach Afghanistan sollte bereits seit langem geübte Praxis sein, da in Afghanistan nur sehr begrenzte Regionen als befriedet gelten konnten. In den restlichen Landesteilen herrschte Chaos und jeder dort lebende Afghane und dorthin Abgeschobene musste damit rechnen, als ein bedauerlicher Kollateralschaden in den Bundeswehrberichten aufzutauchen. Die Wahrscheinlichkeit bei einem Drohnenangriff zu Tode zu kommen, war extrem hoch. Afghanische Menschen mussten westliche Hybris mit ihrem Leben bezahlen. Die konservativsten Schätzungen gehen von 200 000 getöteten Afghanen aus, die dieser Krieg gekostet hat. Deutschland hat also nach unserem Dafürhalten eine erhebliche Schuld auf sich geladen. Mit der Entscheidung mehr Flüchtlinge aus dieser Region aufzunehmen, könnte ein Teil dieser Schuld abgetragen werden.

DIE LINKE hat sich seit ihrer Gründung vehement gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen. Anders als alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien. DIE LINKE hatte bereits im Juni dieses Jahres die Bundesregierung in einem Antrag dazu aufgefordert, die Ortskräfte aus Afghanistan zu evakuieren, da zu diesem Zeitpunkt bereits Erkenntnisse vorlagen, die die dann folgenden desaströsen Ereignisse vorhersehbar machten. Dieser Antrag wurde im Bundestag abgelehnt.

Die LINKE geht davon aus, dass die hier in Gelsenkirchen und in anderen Kommunen vorhandenen Kapazitäten ausreichen, deutlich mehr Flüchtlinge aufzunehmen, zumal davon auszugehen ist, dass die afghanischen Ortskräfte deutlich schneller zu integrieren sein werden.

Abschließend möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die jüngsten Ereignisse, die Position der LINKEN mehr als bestätigt haben. Demokratie und gesellschaftliche Entwicklung lassen sich nicht herbeibomben. Wir fordern alle Parteien im Bund und im Land dazu auf, sich fürderhin nicht mehr an derartigen Kriegseinsätzen zu beteiligen. Sie schaffen weder Frieden, noch schaffen sie demokratische Verhältnisse. Sie bringen Not, Leid und Zerstörung und hinterlassen gescheiterte Staaten.

DIE LINKE wird sehr genau darauf achten, wie sich die künftige Bundesregierung bei derartigen Fragen verhalten wird. Das Bekenntnis zur Nato und zu einer sogenannten „wertebasierten Ordnung“ lassen hier allerdings Übles befürchten.

Die LINKE fordert stattdessen alle Parteien dazu auf, dem Völkerrecht wieder zur Geltung zu verhelfen und mit anderen Staaten auf Augenhöhe zu verhandeln, anstatt sich an Kriegen zu beteiligen, bei denen es ausschließlich um Rohstoffe, Einfluss-Sphären und das Offenhalten von Handelsrouten geht. Eine Politik, die sich dem Völkerrecht verpflichtet fühlt, sollte dafür sorgen, Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, anstatt den militärisch –industriellen Komplex noch mächtiger zu machen. Dann und nur dann bedürfte es in der Zukunft nicht mehr derartiger Anträge. Sollte alles weitergehen wie bisher, was zu befürchten steht, so sind derartige Anträge verlogener, heuchlerischer Zynismus.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Bettina Angela Peipe

DIE LINKE